



Geschäftsführung Ausschuss für Umwelt und Grün

Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 27.10.2010

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 11.03.2010, 15:00 Uhr bis 17:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE
------------------------	-------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Frau Monika Schultes	SPD stellvertretend für Herrn Dr. Fladerer
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU
Herr Henk Benthem van	CDU stellvertretend für Herrn Dr. Schoser bis 17:30 Uhr
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU ab 15:30 Uhr
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE
Frau Sylvia Laufenberg	FDP stellvertretend für Herrn Dr. Albach bis 17:30 Uhr
Herr Klaus Arlt	Pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer	Die Linke.Köln
--------------------------	----------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD
Herr Wilfried Becker	SPD-Fraktion
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU
Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU

Herr Heribert Resch	CDU	bis 17:30 Uhr
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Frank Kraus	(FDP) auf Vorschlag der Grünen	
Herr Mike Pöhler	FDP	
Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln	
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Röttger- Schulz auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst
Herr Dr. Ernst Drösemeier
Herr Michael Eppenich
Herr Christian Rahmfeld

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge

Presse

Zuschauer

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün und des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln. Sie weist auf die aktuelle Tagesordnung des Ausschusses Umwelt und Grün hin und trägt vor, dass die Erweiterungen an den fett gedruckten Tagesordnungspunkten zu erkennen sind.

Zum Ausschuss Umwelt und Grün informiert sie, dass die Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung zu TOP 3.2, 3.4, 3.5 und 3.6 zur nächsten Sitzung beantwortet werden. TOP 2.4 werde von der Verwaltung zurückgezogen. Zu TOP 7.1 bis 7.4 komme Herr Scheu vom Stadtplanungsamt.

Beigeordnete Frau Bredehorst informiert zur Anfrage unter TOP 2.4, der Oberbürgermeister habe entschieden, dass die zum gleichen Thema im Finanzausschuss gestellte Anfrage generell beantwortet werden solle. Einzelanfragen, die in den Ausschüssen gestellt wurden, werden nicht mehr beantwortet.

RM Herr Dr. Welpmann bittet, TOP 6.6 und 6.7 in die nächste Sitzung zurückzustellen, da beide Vorlagen sehr spät zugestellt worden seien.

Herr Moers gibt zu TOP 6.6 zu bedenken, dass die Teilnahme an der Deklaration, die erst sehr spät bei der Umweltverwaltung eingegangen sei, bis zum 17.05.2010 unterschrieben werden müsse. Eine Verschiebung in die nächste Ausschusssitzung habe eine zu späte Behandlung im Rat zur Folge. Aufgrund der Wichtigkeit des Themas bitte er, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen, um die Chance zur Unterzeichnung durch den Oberbürgermeister zu haben.

Die übrigen Ausschussmitglieder sind mit den Vorschlägen einverstanden und legen die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 0 Vortrag von Frau Bülter, Herrn Professor Aufmkolk und Herrn Heller zum Thema "Entwurfsphase Äußerer Grüngürtel"
- zu 0 IMPULS:GRÜNGÜRTEL:KÖLN ERKUNDUNGSPHASE
0592/2010
- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 2.1 Baumbestand Heisterbachstraße
Mündliche Anfrage des SB Herrn Dr. Fladerer in der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am 21.01.2010
0694/2010
- 2.2 Taubenmanagement
Stellungnahme zur Frage von Herrn SE Bilke zum ehrenamtlichen Einsatz in der Taubenhausbetreuung
0687/2010
- 2.3 Nutzung von Cofermentation
Mündliche Anfrage des SB Herrn Dr. Albach
0818/2010
- 2.4 Transparente Darstellung des "Umwelt- und Grün-Etat"
0616/2010
von der Verwaltung zurückgezogen
- 3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 3.1 Messung der Luftqualität
Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.01.2010
AN/1945 /2009
- 3.1.1 Messung der Luftqualität
Beantwortung der Anfrage
0452/2010

- 3.2 Entwicklung Fühlinger See
Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2010
AN/0263/2010
- 3.3 Städtische Baumschule
Anfrage Fraktion Die Linke vom 18.01.2010
AN/0143 /2010
- 3.3.1 Städtische Baumschule
Beantwortung der Anfrage
0762/2010
- 3.4 Energieeffizienz im Bereich der Beleuchtungen fördern
Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.03.2010
AN/0467/2010
- 3.5 Regionale Unternehmensnetzwerke zur Verbindung von Umweltschutz und wirtschaftlich-technischen Entwicklungen
Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.03.2010
AN/0468/2010
- 3.6 Gesundheitsgefährdungen durch Fluglärm
Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.03.2010
AN/0487/2010
- 4 Mündliche Anfragen**
- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 5.1 Ergänzungen zum "Aktionsplan für nachhaltige Energie der Stadt Köln, eine Ausarbeitung zur Erfüllung der Verpflichtung aus dem Bürgermeisterkonvent"
Antrag der FDP-Fraktion vom 25.02.2010
AN/0392/2010
- 5.1.1 Aktionsplan für nachhaltige Energie der Stadt Köln, Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion (AN/0392/2010)
1057/2010
- 6 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 6.1 Toilettencontainer an den Poller Wiesen und der Rodenkirchener Riviera
5316/2009
- 6.2 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln
5198/2009

- 6.3 Bedarfsfeststellung
Friedhofsschließdienst
0505/2010
- 6.4 Kooperationsgrabfeld auf dem Melatenfriedhof - Anpassung der Gestaltungs-
planung
0808/2010
- 6.5 Schenkung zur Sanierung des Wasserbeckens im Blücherpark
0014/2010
- 6.6 Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen"
0832/2010
- 6.7 RegioGrün-Projekt Kölner Randkanal
0836/2010
zurückgestellt in die nächste Sitzung am 22.04.2010

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

- 7.1 168. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Poll
Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
2862/2009
- 7.2 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes
Nr. 70420/02
Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll
2977/2009
- 7.3 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Eifelwall in Köln-Neustadt/Süd; Köln-Sülz
4036/2009
- 7.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbe-
zogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlich-
keitsbeteiligung
Arbeitstitel: Pastor-Wolff-Straße in Köln-Niehl
5369/2009

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

9 Mitteilungen

- 9.1 Unterzeichnung der "Hamburger Erklärung" zum Klimaschutz
0245/2010

- 9.2 Altdeponie "Stöckheimer Weg"
Vorübergehende Schließung der Kleingartenanlage
0329/2010
- 9.3 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008
5290/2009
- 9.4 Konzept zur Minimierung von Wärmeinseln
0027/2010
- 9.5 Anerkennung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Köln
0439/2010
- 9.6 Ausstellungsveranstaltung Home & Garden 2010
0523/2010
- 9.7 Planung von 2 Grünbrücken zur Biotopvernetzung von Wahner Heide und
Königsforst
0837/2010
- 9.8 Auswirkungen nächtlichen Fluglärms auf die Gesundheit des Menschen (Gut-
achten des Epidemiologen Prof. Dr. E. Greiser)
1024/2010
- 9.9 Tatsächliche und rechtliche Grundlagen sowie Handlungen zum Gleisbauwerk
Waidmarkt im Rahmen des Neubau Nord-Süd-Stadtbahn
1128/2010

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 11 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 12 Mündliche Anfragen**
- 13 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**
- 14 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 15 Vergaben**
- 16 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 17 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 18 Mitteilungen**

I. Öffentlicher Teil

0 Vortrag von Frau Bülter, Herrn Professor Aufmkolk und Herrn Heller zum Thema "Entwurfsphase Äußerer Grüngürtel"

Frau Bülter von der Kölner Grünstiftung gibt einen Überblick über deren Ziele und Projekte. So habe es sich die Kölner Grünstiftung zur Aufgabe gemacht, den historischen Kölner Grüngürtel vor dem Verfall zu retten. Unter anderem sei in Zusammenarbeit mit dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen mit der Sanierung des Stadtwaldweihers begonnen worden.

Frau Bülter geht auf weitere Projekte ein, die die Kölner Grünstiftung in Angriff genommen habe. Geändertes Nutzungsverhalten der Kölner Bevölkerung habe die Grünstiftung vor Probleme gestellt, so dass man zunächst einen Entwicklungsplan aufstellen und eine Bestandsaufnahme machen wolle. Für diese Aufgabe habe man Herrn Professor Aufmkolk gewinnen können.

Anschließend berichtet Herr Professor Aufmkolk anhand einer PowerPoint-Präsentation¹ über das Projekt „Untersuchung zum Äußeren Kölner Grüngürtel“. Dabei entwickelt er einen historischen Spannungsbogen, der kurz nach dem Ende des ersten Weltkriegs mit der Umwandlung militärischer Anlagen in Grünflächen beginnt und in der Gegenwart mit der Hineinlegung der Radialen in die Landschaft im Rahmen der Regionale 2010 endet.

Im weiteren Verlauf weist er auf die Einzigartigkeit des Kölner Grüngürtels hin, die – auch im Vergleich zu anderen europäischen Großstädten – in seiner Funktion als Erholungsraum, als stadtgestalterisches Element und in seiner landschaftlichen Ausformung von unschätzbarem Wert sei. Unterschiedliche Folien zur Verkehrsbelastung, der ÖPNV-Erreichbarkeit, Vernetzung des Grüngürtels mit den Wohngebieten und den Stärken und Schwächen des Grüngürtels machen deutlich, wo die weiteren Handlungsfelder für die Weiterentwicklung des Äußeren Grüngürtels liegen.

Herr Professor Aufmkolk schließt mit dem Appell, sich der Verantwortung für dieses großartige Gebilde in Köln bewusst zu sein und dieses Erbe weiterzutragen.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Bülter und Herrn Professor Aufmkolk für den eindrucksvollen Vortrag. Sie sei ebenfalls der Auffassung, diese Aufgabe gemeinsam mit der Kölner Grünstiftung anzugehen. Ganz wichtig sei eine Beteiligung der Bezirksvertretungen sowie der Bürgerinnen und Bürger, um so in den Dialog zu treten.

Bei der sich anschließenden Diskussion im Ausschuss wird deutlich, dass die von Herrn Professor Aufmkolk dargestellten Zielsetzungen mit denen des Ausschusses übereinstimmen. Man sei auch dankbar, dass sich die Grünstiftung dem Äußeren Grüngürtel in dieser Form angenommen habe.

Kritik äußert der SE Herr Fischer, da er in den acht Thesen den Natur- und Umweltschutz vermisst. Der Grüngürtel sei nicht nur ein großer Park sondern auch ein Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Er müsse vielleicht auch als Raum, der nicht benutzt- und begehbar sei, gestaltet werden.

¹ Die Folien des Vortrags sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**zu 0 IMPULS:GRÜNGÜRTEL:KÖLN ERKUNDUNGSPHASE
0592/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage in die nachfolgenden Gremien und bittet um Wiedervorlage in seiner Sitzung am 10.05.2010.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

**2.1 Baumbestand Heisterbachstraße
Mündliche Anfrage des SB Herrn Dr. Fladerer in der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am 21.01.2010
0694/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.2 Taubenmanagement
Stellungnahme zur Frage von Herrn SE Bilke zum ehrenamtlichen Einsatz in der Taubenhausbetreuung
0687/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.3 Nutzung von Cofermentation
Mündliche Anfrage des SB Herrn Dr. Albach
0818/2010**

SE Herr Pöhler fragt nach, in welchen Punkten Unterschiede zwischen der Auslegung der Bezirksregierung Köln und der für die Bereiche Niederrhein und Ruhr zuständigen Bezirksregierung gesehen werden. Außerdem möchte er wissen, inwieweit das Kölner Umweltamt die neu aufgenommenen unterstützenswerten Bestrebungen der StEB fördert und unterstützt.

Die Beigeordnete sagt zu, die Nachfrage an die StEB weiterzuleiten.

Herr Pöhler merkt an, dass die Nachfrage auch an das städtische Umweltamt gerichtet sei.

Herr Dr. Drösemeier informiert darüber, dass es sich zum Einen um eine Angelegenheit handle, die die StEB in eigener Hoheit durchführe und die deshalb nicht durch das Umwelt- und Verbraucherschutzamt unterstützt werden müsse. Zum Anderen werde er die Angelegenheit gerne noch mal prüfen und schriftlich beantworten.

2.4 Transparente Darstellung des "Umwelt- und Grün-Etat" 0616/2010

Vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

3.1 Messung der Luftqualität Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.01.2010 AN/1945 /2009

3.1.1 Messung der Luftqualität Beantwortung der Anfrage 0452/2010

RM Herr Kienitz nimmt Bezug auf Punkt 2 der Beantwortung, in dem es um die Kosten für einen Passivsammler bzw. für eine Messstation geht. Er fragt, ob es sich um die Gesamtkosten handle, die auch die Auswertung und die damit verbundenen Personalkosten beinhalteten.

Herr Liebmann informiert darüber, dass die Kosten von 5.000 € alle Aufwendungen enthielten. Hinsichtlich der stationären Messgeräte sei Bezug auf entsprechende Angebotsabgaben in jüngster Zeit genommen worden. Auch hier waren alle Kosten incl. Auswertung komplett enthalten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2 Entwicklung Fühlinger See Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2010 AN/0263/2010

SB Frau Paffen stellt zur Anfrage noch einige mündliche Zusatzfragen und bittet, diese zusammen mit der Stellungnahme zur ursprünglichen Anfrage zu beantworten.

Der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass am 05.06.2010 eine weitere zwölfstündige Veranstaltung "Kölle ole" am Fühlinger See stattfinden soll. Sie möchte wissen, wer diese zusätzliche Veranstaltung am Fühlinger See genehmigt hat, warum die Bezirksvertretung nicht im Vorfeld darüber informiert worden sei und wie der Veranstalter gedenkt, den See zu schützen.

Sie kritisiert, dass einerseits Anstrengungen jeglicher Art unternommen würden, den See sauber zu halten und andererseits solche zusätzlichen Veranstaltungen dort genehmigt würden.

Frau Paffen fragt außerdem, wie viele zusätzliche Toiletten dort aufgestellt werden, wie der See gegen das Eindringen von Fäkalien geschützt werde, wie man die Bevölkerung vor zwölfstündigem Lärm schützen wolle und wie das Parkplatzproblem gelöst werde.

Sie bittet um zeitnahe Beantwortung, damit gegebenenfalls noch vor der Veranstaltung reagiert werden könne. Auch solle die Bezirksvertretung informiert werden.

**3.3 Städtische Baumschule
Anfrage Fraktion Die Linke vom 18.01.2010
AN/0143 /2010**

**3.3.1 Städtische Baumschule
Beantwortung der Anfrage
0762/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.4 Energieeffizienz im Bereich der Beleuchtungen fördern
Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.03.2010
AN/0467/2010**

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

**3.5 Regionale Unternehmensnetzwerke zur Verbindung von Umweltschutz
und wirtschaftlich-technischen Entwicklungen
Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.03.2010
AN/0468/2010**

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

**3.6 Gesundheitsgefährdungen durch Fluglärm
Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.03.2010
AN/0487/2010**

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

4 Mündliche Anfragen

**4.1 Straßenbaumkonzept
Anfrage der SB Frau Paffen**

SB Frau Paffen erinnert an den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Straßenbaumkonzept, der am 03.06.2009 vom Ausschuss beschlossen worden sei. Es sollte ein Zeit- /Maßnahmenplan erstellt werden. Sie fragt, wann mit der Vorstellung dieses Planes gerechnet werden könne.

Herr Dr. Bauer antwortet, das Konzept, wie man den Auftrag zur Erstellung eines Straßenbaum-Katasters methodisch angehen wolle, sei fertig. Aufgrund der Personalkapazitäten beabsichtige man, den Auftrag zu vergeben. Angesichts der Bestimmungen für die vorläufige Haushaltsführung sei er noch nicht vom Rechnungsprüfungsamt freigegeben.

4.2 Schäden an den Gräbern durch Kaninchen Anfrage des RM Herrn Brust

RM Herr Brust erwähnt einen Brief der Friedhofsgärtner, die am Südfriedhof tätig seien und sich über schwere Schäden an den Gräbern durch Kaninchen beschwerten.

Herr Eppenich informiert, dass man bereits tätig geworden sei und noch vor der Schonzeit gejagt habe. Außerdem werde man prüfen, ob es noch andere wirksame Möglichkeiten gibt, weitere Tiere von draußen fernzuhalten.

4.3 Stellenzusetzungen im Bereich Baumschutzsatzung Anfrage des SE Herrn Fischer

SE Herr Fischer merkt an, im Bürgerhaushalt sei unter dem Vorschlag Nr. 1050/7, mehr Stellen im Bereich der Baumschutzsatzung einzurichten, als Stellungnahme der Verwaltung zu lesen, dass der Rat bereits am 10.09.2009 zwei zusätzliche Stellen beschlossen und die Untere Landschaftsbehörde weitere Stellen beantragt habe. Dem Anliegen des Antragstellers sei, so die Stellungnahme, bereits im Vorfeld des Bürgerhaushaltes entsprochen worden.

Die Antwort auf die Anfrage von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen am 03.12.2009 im Ausschuss lautete jedoch, das Dezernat I habe die Besetzung der beschlossenen Stellen abgelehnt.

Herr Fischer möchte wissen, welche die korrekte, aktuelle Stellungnahme sei.

Beigeordnete Frau Bredehorst berichtet, der Disput über die Besetzung der Stellen sei an die sog. "Task force" gegeben worden. Diese erstelle über die Ermittlung der Einsparungen einen Bericht, der dann den einzelnen Dezernenten übermittelt werde. Darüber werde anschließend im Stadtvorstand beraten. Da dies noch nicht geschehen sei, könne sie jetzt noch nichts weiter dazu sagen.

4.4 Herriger Gasse Anfrage des RM Herrn Dr. Welpmann

RM Herr Dr. Welpmann möchte hinsichtlich des Bauleitplanverfahrens wissen, ob der gesamte Vorgang einschließlich der B-Plan-Unterlagen dem Ausschuss vorgelegt werde. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, beantrage er dies schon jetzt vorsorglich.

Die Verwaltung sagt eine Weitergabe an das zuständige Fachdezernat zu.

4.5 Verlegung von Glasfaserkabeln in Merheim Anfrage des RM Herrn Dr. Welpmann

RM Herr Dr. Welpmann verweist auf einen Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 01.03.2010. Es sei kritisiert worden, dass im Bereich einer schützenswerten Allee in der Ostmerheimer Straße Glasfaserkabel verlegt worden seien. Er möchte wissen, wie die Verwaltung sicherstelle, dass diese Verlegung dort nicht zu einer Gefährdung des bestehenden Baumbestandes führe.

Herr Dr. Bauer spricht von einem Problem, das man derzeit in der gesamten Stadt habe. An der Ostmerheimer Straße zeichne sich eine Alternative ab, die Glasfaserkabel so zu verlegen, dass der Baumbestand erhalten bleibe.

4.6 Fristverlängerung im Hinblick auf die Einhaltung der Feinstaubgrenzwerte

Anfrage des RM Herrn Dr. Welpmann

RM Herr Dr. Welpmann erwähnt einen Zeitungsbericht, der eine Fristverlängerung im Hinblick auf die Einhaltung der Feinstaubgrenzwerte zum Inhalt hatte. Er bittet um Mitteilung über den Sachstand und möchte wissen, was die Stadt unternehme, um die Grenzwerte trotzdem soweit wie möglich einzuhalten und welche Rolle die Fristverlängerung in dem Zusammenhang spiele. Es sei bekannt, dass an vielen Stellen der Stadt nicht nur Feinstaub, sondern NO_x (Stickoxide) ein Problem seien. Er bittet um eine Stellungnahme auch hierzu.

Herr Dr. Arends erinnert daran, dass zu Beginn der Gültigkeit des Grenzwertes für Feinstaub im Jahr 2008 am Clevischen Ring eine Überschreitung der Werte festgestellt worden sei. Diese Überschreitung sei nach Brüssel gemeldet worden. Im Rahmen eines Notifizierungsverfahrens mussten die zu diesem Zeitpunkt bereits definierten Maßnahmen von Brüssel für die Einhaltung der Grenzwerte als ausreichend anerkannt werden.

Das, was jetzt in der Zeitung stehe, sei sozusagen der "Rücklauf" aus Brüssel. Brüssel habe jetzt anerkannt, dass die Stadt Köln das "Hinreichende" macht, um die Grenzwerte einzuhalten. Man wisse inzwischen, dass dies nicht ausreiche. Insofern werde man jetzt im Rahmen der Fortschreibung des Luftreinhalteplans weitere Maßnahmen prüfen. Das Notifizierungsverfahren und die Anerkennung haben zur Folge, dass Köln erst zum 30.06.2011 den Grenzwert einhalten müsse.

Hinsichtlich der Stickoxide werde man ein gleiches Verfahren einleiten müssen.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

5.1 Ergänzungen zum "Aktionsplan für nachhaltige Energie der Stadt Köln, eine Ausarbeitung zur Erfüllung der Verpflichtung aus dem Bürgermeisterkonvent"

Antrag der FDP-Fraktion vom 25.02.2010

AN/0392/2010

5.1.1 Aktionsplan für nachhaltige Energie der Stadt Köln, Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion (AN/0392/2010)

1057/2010

SE Herr Pöhler bittet angesichts der umfangreichen Stellungnahme, die als Tischvorlage dem Ausschuss vorliege, den Antrag in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Die übrigen Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt den Antrag der FDP-Fraktion und die Stellungnahme der Verwaltung zurück in die Sitzung am 22.04.2010.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

6.1 Toilettencontainer an den Poller Wiesen und der Rodenkirchener Riviera 5316/2009

RM Herr Bacher bemängelt, dass der Beschlussvorschlag aufgrund der Stellungnahmen nicht angepasst worden sei. Die SPD-Fraktion sei zu der Überzeugung gekommen, den Voten der Bezirksvertretungen Rodenkirchen und Porz zu folgen, die Zustimmung allerdings unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen.

Bürgermeister Herr Bartsch erinnert an den Vorschlag der CDU-Fraktion in der letzten Ausschusssitzung, als lediglich der Verweisungsbeschluss anstand, die Vorlage in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen, weil eine Finanzierbarkeit nicht erkennbar sei.

SE Herr Bilke weist auf den Beschluss der BV Rodenkirchen hin, die die Verwaltung um Gespräche mit dem Campingplatzbetreibern gebeten habe. Man sollte allerdings auch schon bedenken, welche Alternativen bei einer Ablehnung in Frage kommen und diese Alternativen parallel prüfen.

Herr Eppenich sagt zu, diese Gespräche sensibel zu führen, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller fasst zusammen, es bestehe Konsens darüber, wie die Bezirksvertretungen Rodenkirchen und Porz zu beschließen.

Herr Eppenich ergänzt, aus formalen Gründen wie die BV Porz unter dem Finanzierungsvorbehalt.

Nach weiteren Diskussionen über den genauen Beschlusstext beantragt RM Frau Laufenberg für die beiden Beschlusstexte getrennte Abstimmung.

- Die Ausschussvorsitzende stellt zunächst die **Beschlussempfehlung der BV Rodenkirchen, wie in Anlage 4 als 2. Beschluss aufgeführt**, zur Abstimmung:

Beschluss:

Auf den weiteren Betrieb der Toiletten an der Rodenkirchener Riviera wird aufgrund der Haushaltssituation verzichtet.

Die Verwaltung wird gebeten, mit den Besitzern des Campingplatzes Berger an der Uferstraße zu verhandeln, um die dortige große Toilettenanlage gegen eine Pauschale für eine öffentliche Benutzung zugänglich zu machen.

Eine entsprechende Ausschilderung der Toiletten ist danach am Rodenkirchener Rheinufer vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- Anschließend stellt sie die **Beschlussempfehlung der BV Porz, wie in Anlage 5 aufgeführt, unter dem Vorbehalt einer gesicherten Finanzierung** zur Abstimmung:

Beschluss:

Unter dem Vorbehalt einer gesicherten Finanzierung beschließt der Ausschuss Umwelt und Grün:

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet die Verwaltung, die Toiletten in der Bezirkssportanlage Poll in der Zeit von April bis Oktober zu öffnen.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die geringe Auslastung der Toiletten an den Poller Wiesen ursächlich durch mangelnde Kenntnis in der Bevölkerung und durch unzureichende Beschilderung bedingt ist.

Daher bittet der Ausschuss Umwelt und Grün die Verwaltung, durch eindeutige Hinweisschilder in ausreichend großer Anzahl die Möglichkeit der Nutzung der Toiletten in der Bezirkssportanlage kenntlich zu machen.

Darüber hinaus soll mit den Betreibern der örtlichen Gastronomie (Germania, VKC) verhandelt werden, ob diese bereit sind, ihre Toiletten auch in der übrigen Jahreszeit für die Öffentlichkeit – ggfs. gegen eine geringe Kostenerstattung - zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt den Erfahrungsbericht über den Betrieb der Toilettenanlagen an den Poller Wiesen im Sommer 2009 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, entsprechend den in der Begründung aufgeführten Empfehlungen, den Betrieb der Toiletten in der Bezirkssportanlage Poll in der Zeit von Mai bis September bei einer gesicherten Finanzierung im Rahmen des gesamtstädtischen Toilettenkonzeptes fortzusetzen.

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beauftragt die Verwaltung

1. eine entsprechende Ausschilderung und Werbung bei Weiterbetrieb der Toiletten

und

2. eine flexible Gestaltung der Öffnungszeiten entsprechend der Witterung zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

**6.2 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln
5198/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

**6.3 Bedarfsfeststellung
Friedhofsschließdienst
0505/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für einen Friedhofsschließdienst für 11 Friedhöfe für einen Zeitraum von insgesamt 3 Jahren fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Kooperationsgrabfeld auf dem Melatenfriedhof - Anpassung der Gestaltungsplanung
0808/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün beschließt auf der Grundlage des neuen Gestaltungsplanes (Anlage 2) die in Anlage 1 beschriebene Anpassung der Gestaltungsplanung des Kooperationsgrabfeldes der Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner eG auf dem Friedhof Melaten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.5 Schenkung zur Sanierung des Wasserbeckens im Blücherpark
0014/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Schenkung zur Sanierung des Wasserbeckens im Blücherpark und die Übernahme der Pflege und Unterhaltung für 30 Jahre durch die RheinEnergie dankend an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.6 Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen"
0832/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

**6.7 RegioGrün-Projekt Kölner Randkanal
0836/2010**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die nächste Sitzung am
22.04.2010.**

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

**7.1 168. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Poll
Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
2862/2009**

und

**7.2 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-
Entwurfes Nr. 70420/02
Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll
2977/2009**

RM Herr Dr. Welpmann kündigt an, sich sowohl zu TOP 7.1, als auch zu TOP 7.2 zu äußern, da die beiden Vorlagen inhaltlich zusammengehörten.

Er kritisiert, dass bei beiden Vorlagen die solarenergetische Optimierung in der Planung nicht berücksichtigt worden sei. Wenn der Bebauungsplan so realisiert werde wie geplant, sei die passive Solarnutzung nicht in dem Maße möglich, wie sie heutigen Standards entspreche.

Er verweist auf einen entsprechenden formalen Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses aus Juni 2000, dass alle Planungen in Köln von Beginn an solarenergetisch zu optimieren seien. Dies sei keine Kann-Bestimmung, sondern eine eindeutige Handlungsanweisung und gelte für alle Bauleitplanverfahren.

Daher lehne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beide Vorlagen ab und bitte die Verwaltung um eine Wiedervorlage einer solarenergetisch optimierten Planung im Ausschuss Umwelt und Grün und im Stadtentwicklungsausschuss. Dies entspreche zudem sowohl dem Votum der Bezirksvertretung, als auch dem des Stadtentwicklungsausschusses.

Die Bezirksvertretung Porz habe in ihrem Zusatzbeschluss vom 08.12.2009 (Vorlage 2862/2009) die Verwaltung mit der Planung des Baugebietes als Solarsiedlung beauftragt. Dies sei jedoch nur mit einer optimalen passiven Solarnutzung umsetzbar. Das gleiche habe der Stadtentwicklungsausschuss in seinem Zusatzbeschluss vom 28.01.2010 ausgedrückt (Vorlage 2977/2009), als er die Verwaltung beauftragte, solarenergetisch optimierte Varianten darzustellen.

Das gleiche gelte auch für die Beschlussvorlage zu TOP 7.4.

Herr Scheu versichert, die Verwaltung nehme den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses aus dem Jahr 2000 ernst. Er verweist auf eine Software, mit der die

Verwaltung solarenergetische Überprüfungen für Planungskonzepte vornehmen könne und die entsprechende Aussagen über passiv-solare Qualitäten mache.

Zu beachten sei, dass bei der energie-effizienten Gestaltung von Neubauten die Wärmedämmung der Gebäude und die Wärmebereitstellung den größten Anteil der Energieeinsparungen ausmachten. Die passiv-solare Optimierung von Planungen hingegen mache maximal 15 % der möglichen Energieeinsparung aus.

Außerdem müssten von der Verwaltung bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes unterschiedliche Belange untereinander abgewogen werden. So müsse auf Flächen sparendes Bauen, auf eine vernünftige finanzierbare Erschließung und auf unterschiedliche Bautypen geachtet und zudem noch bestimmte Vorbedingungen in Baugebieten berücksichtigt werden. Daher könne nicht immer eine solarenergetische Optimierung vorgenommen werden, weil sonst andere Belange zu kurz kämen.

Im vorliegenden Fall habe die Verwaltung im Jahr 2005 mit dem Programm GOSOL eine solarenergetische Überprüfung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass das Planungskonzept einen solaren Verlust von 20 %, also befriedigende bis gute passiv-solarenergetische Qualitäten, aufweise.

Man habe daraufhin in der Planung einzelne nicht optimierte Gebäude anders orientiert und die First- und Traufhöhen der Einfamilienhäuser im zentralen Bereich etwas abgesenkt, um die gegenseitige Hausverschattung zu mindern. Das habe den Verlust der solaren Minderung zwar auf 5 % verbessern können. Umgerechnet auf die Verminderung des Heizwärmebedarfs für die ganze Siedlung, also 250 Wohneinheiten, ergebe dies jedoch lediglich eine Einsparung von 40.000 Kilowattstunden oder 4.000 l Heizöl, also jährlich etwa 10 bis 15 l Heizöl pro Wohnhaus.

Zudem sprächen auch andere Gründe dagegen. So gehe durch die Optimierung Nutzfläche in den Gebäuden verloren und man wollte an dem Baugebiet eine Raumkante haben, so dass man die Gebäude nicht anders orientiert und auf die Verminderung der Traufhöhe verzichtet habe.

Die Verwaltung empfehle, das Bebauungsplanverfahren weiterzuführen, da der Bebauungsplan im Wohnungsbauprogramm 2015 laufe und städtische Flächen auf ihre In-Wert-Setzung "warten".

RM Herr Brust entgegnet, es gehe nicht nur darum, Heizöl oder Energie überhaupt zu sparen. Auch die Wohnqualität und die Tatsache, dass auch im Winter die Sonne in die Zimmer scheint, seien nicht zu vernachlässigende Kriterien. Dazu komme, dass inzwischen eine neue Baugesetzgebung herrsche. Es gebe ein "Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz", das erstmals und bundesweit jedem, der neu baut, die Pflicht zur Verwendung von erneuerbaren Energien auferlegt (so genannte *Nutzungspflicht* gem. § 3 Abs. 1 EEWärmeG). Dies werde erschwert, wenn die Häuser falsch ausgerichtet werden oder sie sich gegenseitig verschatten.

Daher müssen solche Planungen optimiert werden und wenn sie mit GOSOL berechnet worden seien, müssen zumindest Begründungen aufgeführt werden, weshalb auf Maßnahmen verzichtet wurde. Dies sei in der Beschlussvorlage nicht erfolgt und könne so nicht akzeptiert werden.

Herr Brust sieht keinen Grund, warum die Dachneigung nicht verändert werden könnte. Das Argument hinsichtlich der westlichen Raumkante könne er unter städtebauli-

chen Gesichtspunkten verstehen. Darüber hinaus gebe es jedoch noch mehrere Einzelhäuser, die man anders ausrichten könnte.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller fasst zusammen, die Verwaltung sollte das Signal mitnehmen, dass in Zukunft derartige Vorlagen intensiver geprüft würden als in den vergangenen Jahren. Sie sehe auch, dass viele Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen. Allerdings werde man diese in der Abwägung kritischer beurteilen.

Auf die kritische Frage von SE Herrn Fischer, ob ein Eingriffsausgleich nicht näher am Baugebiet möglich sei, antwortet Herr Scheu, dass die Verwaltung sich bemühe, Ausgleichsflächen nahe am Baugebiet zu finden. Andererseits sollte ein Ausgleich auch für die wegfallenden Lebensräume funktional sein. Zudem versuche man Flächen zu finden, die neben der ökologischen Funktion einen gewissen Naherholungseffekt für die dort lebenden Menschen bieten.

Die Ausschussvorsitzende regt abschließend an, in einer der nächsten Sitzungen in geeigneter Form darzustellen, wie die Verwaltung generell mit diesem Thema "Eingriffsausgleich" umgeht.

Anschließend lässt sie über beide Vorlagen nacheinander abstimmen.

- **Zunächst erfolgt die Abstimmung zu TOP 7.1**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

- für den im planungsverbindlichen Flächennutzungsplan (FNP) in der Anlage 2 dargestellten Bereich eine Planänderung gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) mit dem Ziel einzuleiten, die Flächen neu zu ordnen.
- auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zu verzichten, da die Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Parallelverfahren zum Bebauungsplan "Poller Damm" bereits stattgefunden hat,
- die 168. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Poll –Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll– gemäß § 3 Abs. 2 BauGB mit der gemäß § 5 BauGB als Anlagen 1 - 4 beigefügten Begründung offenzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion pro Köln gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion.

- **Anschließend erfolgt die Abstimmung zu TOP 7.2:**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. den Aufstellungsbeschluss vom 27.06.1996 betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70420/02 um die Fläche der Tankstelle Siegburger Straße 406, einschl. der davor liegenden Verkehrsfläche der Siegburger Straße und um die Flächen der Grundstücke Auf dem Sandberg 94 bis 118 sowie einen Teil (südlich der Schulgebäude) des Schulgrundstückes Auf dem Sandberg 120 in Köln-Poll —Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll— zu verkleinern;
2. den Aufstellungsbeschluss vom 27.06.1996 betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70420/02 um das Gebiet südlich der KVB-Strecke Köln-Deutz nach Köln-Porz zwischen dem Schulgrundstück und der Straße Im Forst (nördlich der vorhandenen Parkanlage) in Köln-Poll –Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll– zu erweitern;
3. den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70420/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen dem Poller Damm und der Siegburger Straße und zwischen der nördlichen Autobahnauffahrt Köln-Poll und den rückwärtigen Grundstücksgrenzen Auf dem Sandberg 2 bis 99 sowie nördlich der Siegburger Straße zwischen Auf dem Sandberg 90 und 92 und der rückwärtigen Grundstücksgrenze Im Forst 453 (ehemaliger Bunker), rückwärtige Grundstücksgrenzen Im Forst 453 bis 13, nördlich des Grundstücks Im Forst 13 bis zur KVB-Strecke von Köln-Deutz nach Köln-Porz und östlich der Schule Auf dem Sandberg 120 in Köln-Poll nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion pro Köln gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion.

7.3 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes Arbeitstitel: Eifelwall in Köln-Neustadt/Süd; Köln-Sülz 4036/2009

RM Herr Brust fragt, weshalb auf dem Gelände jetzt schon Bäume gefällt worden seien, die unter die Baumschutzsatzung fallen, obwohl dort frühestens 2012 gebaut werde und noch nicht feststehe, wo genau die Grenze zwischen Grünfläche und Bebauung verlaufe. Er möchte auch wissen, ob eine Genehmigung zur Fällung der Bäume vorgelegen habe.

Die Verwaltung sagt zu, dies zu prüfen.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller informiert über den geänderten Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt, dass geprüft werden solle, ob auf dem Gelände Car-Sharing-Plätze eingerichtet werden können. Sie fragt, ob der Ausschuss diese Änderung übernehmen möchte.

RM Herr Bacher spricht sich für diesen Zusatz einer Prüfung aus. Er halte die Car-Sharing-Plätze auch für sinnvoll, möchte allerdings nicht, dass die dort ausgewiesene Grünfläche dadurch reduziert werde.

Seine Vermutung, dass der Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 25.01.2007 und Lindenthal vom 01.02.2010 "auf dem Gelände zwischen Eifelwall und

Hans-Carl-Nipperdey-Str. im Vorfeld der Entwicklung des Areals preisgünstigen Raum für bildende Künstler in der Planung vorzusehen", so zu verstehen sei, dem Künstler, der jetzt noch dort sei, solange die Möglichkeit zu geben, dort zu bleiben, bis dieses Gebiet entwickelt sei bzw. die Planung umgesetzt werde, bestätigt Herr Scheu.

Dieser Regelung könne Herr Bacher zustimmen.

SE Herr Resch fragt, weshalb die BV Innenstadt eingebunden sei, obwohl sie doch laut Plan nicht tangiert sei. Seines Wissens sei dies ausschließlich Gebiet, für das die BV Lindenthal zuständig sei.

Die Verwaltung sagt zu, dies zu klären.

Anschließend stellt die Ausschussvorsitzende den ergänzten Beschluss zur Abstimmung:

ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Luxemburger Straße, Eifelwall, Rudolf-Amelunxen-Straße und Hans-Carl-Nipperdey-Straße in Köln-Neustadt/Süd; Köln-Sülz —Arbeitstitel: Eifelwall in Köln-Neustadt/Süd; Köln-Sülz— aufzustellen mit dem Ziel, insbesondere ein allgemeines Wohngebiet am Eifelwall, eine Fläche für Gemeinbedarf (Historisches Archiv) am Eifelwall/Ecke Luxemburger Straße und öffentliche Grünfläche sowie das Maß der baulichen Nutzung, die überbaubaren Grundstücksflächen und die örtlichen Verkehrsflächen festzusetzen;
2. den am 29.04.2003 gefassten Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes nach § 2 Abs. 1 BauGB für das Gebiet zwischen südwestlich der Straße Eifelwall, nordwestlich der Rudolf-Amelunxen-Straße, nordöstlich der Hans-Carl-Nipperdey-Straße und südöstlich der Luxemburger Straße in Köln-Neustadt/Süd; Köln-Sülz aufzuheben.
3. **dass geprüft wird, ob auf dem Gelände Car-Sharing-Plätze eingerichtet werden können.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

7.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: Pastor-Wolff-Straße in Köln-Niehl 5369/2009

RM Herr Dr. Welpmann bezieht sich auf die beiden Vorlagen unter TOP 7.1 (168. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Poll; 2862/2009) und 7.2 (Poller Damm in Köln-Poll; 70420/02; Aufstellung u. Offenlage d. Bebauungsplan-Entwurfes; 2977/2009). In dieser Planung sei die Abweichung von einer solarenergetischen Optimierung noch größer und vor allem offensichtlicher, weil die Gebäuderiegel

exakt in Nord-Süd-Richtung ausgerichtet seien. Dies bedeute, dass die Fenster in Ost- oder Westrichtung zeigten. Daher lehne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage ebenfalls ab.

Zudem liege ihm ein Schreiben einer Interessengemeinschaft "Umwelt – Wohnen in Köln-Niehl" vor. Diese weise auf eine angebliche Altlastenproblematik auf dieser Fläche hin. Er bitte die Verwaltung, bei erneuter Wiedervorlage der geänderten Beschlussvorlage, zu diesem Aspekt Stellung zu nehmen.

Herr Scheu erläutert, es handle sich hier um einen Vorhaben- und Erschließungsplan. Die gesamten Planungskosten, auch die Kosten für die Untersuchung der solarenergetischen Optimierung, trage der Vorhabenträger. Dieser lege großen Wert auf das grundsätzliche Votum der Politik zu dem Wohnungsbauvorhaben, um eine gewisse Planungssicherheit zu haben. Daher empfehle die Verwaltung, diesen Einleitungsbeschluss zu fassen mit der Ergänzung, im nächsten Schritt durch den Vorhabenträger die solarenergetische Überprüfung vorzulegen.

RM Herr Kienitz weist darauf hin, dass zwar das Planungskonzept unter passiv-solaren Aspekten Schwächen aufweise. Die Energieeinsparverordnung (EnEV 2009) beziehe sich jedoch auf Energieeinsparungen insgesamt und stelle nicht explizit auf den Einsatz von Solarenergie ab. Insofern müsse man es dem Vorhabenträger überlassen, welche Energie er einsetzt. Unter Hinzuziehung dieser Aspekte müsse bei einer Gesamtbetrachtung auch beachtet werden, dass der Vorhabenträger kostengünstigen Wohnraum anbiete, auf den man in Köln angewiesen sei.

RM Herr Brust erwidert, es gebe neben der EnEV das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG), das vorschreibe, bei einem Neubau einen bestimmten Anteil erneuerbarer Energien zu nutzen. Bei einer Ausrichtung der Häuser wie geplant werde von vornherein eine Kombination von Gas und Solarthermie ausgeschlossen. Es könne nicht im Sinne des Investors sein, praktisch nur noch eine Heizmöglichkeit übrig zu lassen. Durch die richtige Ausrichtung der Häuser könnten jedoch Kosten eingespart werden.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller weist auf den Verweisungsbeschluss des Stadtentwicklungsausschusses hin, der angeregt hatte, die Planung im Hinblick auf eine vergleichbare Dichte mit der Nachbarbebauung zu optimieren. Sie fragt, wie die Verwaltung damit umgehe.

SE Herr Bilke regt an, Investoren künftig auf den hohen Stellenwert solarenergetischer Optimierungen aufmerksam zu machen, damit dies von Anfang an in der Planung berücksichtigt werde.

RM Herr Dr. Welpmann bekräftigt, dass in der Bauleitplanung, unabhängig davon, ob es sich um Bebauungspläne der Stadt oder um Vorhaben- und Erschließungspläne handle, die gleichen Maßstäbe anzusetzen seien. Der Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses aus Juni 2000, alle Planungen in Köln von Beginn an solarenergetisch zu optimieren, habe insofern keine Differenzierung vorgenommen.

An Herrn Scheu gerichtet erwidert er hinsichtlich der Planungssicherheit des Investors, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit diesem konkreten Bauvorhaben grundsätzlich keine Probleme habe, wenn das Verfahren nach Recht und Gesetz ablaufe, der Arten- und Naturschutz angemessen berücksichtigt und die Planung solarenergetisch optimiert werde.

Auf die Frage von Frau Dr. Müller, antwortet Herr Scheu, dass die Verwaltung die Anpassung der Dichte und die Möglichkeiten zurzeit prüfe. Die Verwaltung werde das Votum des Ausschusses Umwelt und Grün an den Investor weiterreichen und ihn auffordern, die solarenergetische Überprüfung durchzuführen und mit der Verwaltung die weiteren Schritte im Plangebiet abzustimmen.

SE Herr Resch fragt, wie die Ausführung in der Vorlage im Hinblick auf die Umweltprüfung "Tiere" zu verstehen sei, dass die "Ergebnisse hinsichtlich der Auswirkungen... auf die angetroffenen Vogelarten zu interpretieren sein" werden?

Herr Scheu erklärt, dass die Ergebnisse ausgewertet werden und geprüft, ob Verbotstatbestände nach Bundesnaturschutzgesetz vorliegen. Dies könne zum Beispiel Ausgleichsverpflichtungen für den Vorhabenträger bedeuten.

Die Ausschussvorsitzende betont, dass dem Ausschuss der Artenschutz ebenfalls wichtig sei und regt für die Zukunft an, im Zweifelsfall konkreter darzustellen, was erfolgt sei und aus welchen Gründen welche Maßnahmen umgesetzt oder nicht umgesetzt worden seien.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet südlich der Pastor-Wolff-Straße bzw. der Straße Im Grund in Köln-Niehl Flurstück 2855, 1637, 1979, 2060, 2872 und eine Teilfläche aus 1916, alle Flur 99, Gemarkung Longe- rich —Arbeitstitel: Pastor-Wolff-Straße in Köln-Niehl— einzuleiten mit dem Ziel, eine Wohnbebauung in Form von Hausgruppen bzw. Reihenhäusern und eine Kindertagesstätte festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB nach Modell 1.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP-Fraktion und Fraktion pro Köln gegen die CDU-Fraktion.

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

9 Mitteilungen

9.1 Unterzeichnung der "Hamburger Erklärung" zum Klimaschutz 0245/2010

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.2 Altdeponie "Stöckheimer Weg"
Vorübergehende Schließung der Kleingartenanlage
0329/2010**

SE Herr Fischer fragt nach einem neuen Sachstand.

Herr Dr. Drösemeier antwortet, dass es keinen neuen Sachstand gebe. Er befürchte, dass die Kleingartenanlage bis nach Beginn der Vegetationsperiode geschlossen bleiben müsse. Dies sei jedoch notwendig, um die Sicherheit der Kleingärtner nicht zu gefährden. Man habe ein entsprechendes Gutachten vergeben und werde so schnell wie möglich für die Kleingärtner arbeiten.

Beigeordnete Frau Bredehorst lobt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umwelt- und des Grünflächenamtes, die gemeinsam nach Lösungswegen gesucht und diese den Kleingärtnern vermittelt haben.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.3 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008
5290/2009**

SE Herr Bilke wiederholt seine Bitte, die er schon vor einigen Ausschusssitzungen geäußert habe. Er regt an, beim nächsten Statusbericht den Sachstand so darzustellen, dass man erklärt, was fertig ist, was noch in der Planung sei und was nicht klappe. Dies sei für die Bürgerinnen und Bürger eine nachvollziehbare Rückmeldung.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.4 Konzept zur Minimierung von Wärmeinseln
0027/2010**

RM Herr Kienitz bittet um einen Zwischenbericht, wenn möglich, im Herbst.

Herr Liebmann weist darauf hin, dass dies nur dann sinnvoll sei, wenn erste Messergebnisse vorliegen. Dann werde die 2. Phase beginnen und man werde Planungsempfehlungen für Köln erarbeiten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.5 Anerkennung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements
in Köln
0439/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.6 Ausstellungsveranstaltung Home & Garden 2010
 0523/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.7 Planung von 2 Grünbrücken zur Biotopvernetzung von Wahner Heide
 und Königsforst
 0837/2010**

RM Herr Brust fragt, ob die Strecke der Bahnlinie Köln – Gummersbach, die zwischen der BAB 3 und der Rösrather Straße liege, für das Wild passierbar sei.

Herr Moers antwortet, dass die Querung dort möglich sei.

SE Herr Resch weist auf den erheblichen Zeitdruck hin, unter dem man stehe. Die Mittel müssten bis Ende 2011 abgerufen sein. Zum Bauvorhaben selbst bemerkt er, dass die Baustelle über die BAB 3 "bedient" werde und aufgrund der umfangreichen Erdbewegungen ein Fahrstreifen gesperrt sein werde.

Es sei zu befürchten, dass insbesondere die Brücke an der Rösrather Straße sehr stark von Fußgängern "genutzt" werde. Herr Resch betont, dass das Rotwild sehr empfindlich sei, man zwar davon ausgehen könne, dass die Hauptaktivitäten von der Abend- bis zur Morgendämmerung stattfinden, es aber trotzdem ein Problem der Kontrollen sein werde, um nicht die hohen Kosten sozusagen "in den Sand zu setzen". Wichtig sei auch, entsprechende Verbotsschilder aufzustellen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.8 Auswirkungen nächtlichen Fluglärms auf die Gesundheit des Menschen
 (Gutachten des Epidemiologen Prof. Dr. E. Greiser)
 1024/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.9 Tatsächliche und rechtliche Grundlagen sowie Handlungen zum Gleis-
 bauwerk Waidmarkt im Rahmen des Neubau Nord-Süd-Stadtbahn
 1128/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Dr. Sabine Müller
(Ausschussvorsitzende)

Barbara Bültge
(Schriftführerin)